



Interviews

Datum: 01. November 2023

Interview mit Michael Hüther, Direktor des Instituts der Deutschen Wirtschaft, IW

Dirk Müller: Das wird von einigen bereits als Lichtblick gewertet, dass hierzulande die Konjunktur nur um 0,1 Prozent zurückgegangen ist in den Monaten Juli bis September. Die Projektionen, die Prognosen waren zumeist pessimistischer. Dennoch, es ist ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts, obwohl die Inflation geringer wird. 3,8 Prozent beträgt diese aktuell hierzulande. Und dann kommen all die Unsicherheiten dazu – der Nahostkrieg, der Ukraine-Krieg, die Ölpreise, die Gaspreise, gerade jetzt kurz vor dem Winter. Und auch eine leicht anziehende Arbeitslosigkeit. Wo steht also die deutsche Wirtschaft? Darüber sprechen wir nun mit Professor Michael Hüther, Direktor des Instituts der Deutschen Wirtschaft, IW. Und wir erreichen ihn in den USA, in Seattle, einen schönen guten Morgen.

Michael Hüther: Einen schönen guten Abend aus Seattle. Hallo, Herr Müller.

Müller: Herr Hüther, ist die Talsohle erreicht?

Hüther: Die Talsohle ist insofern erreicht, als dass wir nicht von einem weiteren Einbruch richtig ausgehen. Aber das war auch die ganze Zeit nicht das Bild, sondern es ist ja eine Konjunktur, die so seitwärts läuft. Und ob das mal -0,1 oder -0,2 oder dann wieder +0,1 ist, ändert nicht wirklich etwas an dieser Aussage. Und es entsteht dann auch keine Fantasie für eine grundsätzliche Änderung. Und ich glaube, dieses Seitwärtsbewegen, das Feststecken in der Stagnation hat sich nicht geändert durch die Daten, die wir in diesen Tagen bekommen haben. Und es zeigt, es ist nicht wirklich eine Aufhellung erkennbar und man sucht nach den Hebeln, die die Konjunktur auf eine stärkere Basis bringen könnten. Bisher sehe ich die nicht.

Müller: Also auch, wenn sie Ihre Fantasie vielleicht beflügelt durch die Amerikaner im Moment, sehr stark noch einmal ankurbeln, keine Besserung, kein Aufschwung in Sicht?

Hüther: Also, wir müssen ja fragen: Wo könnte der herkommen? Und wir müssen einfach mal die volkswirtschaftlichen Themen durchgehen. Das eine große Thema ist der private Konsum. Und das Statistische Bundesamt hat ja gesagt, im dritten Quartal war der vor allen Dingen belastend. Wenn ich mir das Konsumklima anschau, das ja auch immer weiterträgt, dann ist das weiter auf einem historisch sehr, sehr niedrigen Niveau. Es ist mit dem Beginn des Ukraine-Krieges runtergeplumpst und hat sich im Grunde auch seitdem nicht wieder korrigiert. Völlig anders als das beispielsweise nach der Pandemie kurzzeitig war. Wir gucken auf die Investitionen. Die Unternehmen sind zögerlich. Sie fühlen das Umfeld als unsicher. Sie sehen nicht so richtig, wie sie mit dem Risiko umgehen können. Wir schauen auf den Bau. Das sieht man, da sind die Bauunternehmen um 30 Prozent eingebrochen, die Bauinvestitionen entsprechend. Wir schauen auf den Export. Wenn ich mir anschau die Prognosen für die Weltwirtschaft/Welthandel, in diesem Jahr 2,4 Prozent, im Konsensus liegt es bei 2,1. Da ist also auch keine Musik drin. Na, dann bleibt am Ende noch der Staat, wenn man das in dieser volkswirtschaftlichen Logik durchgeht. Und es ist jetzt nicht irgendwo der Hebel zu sehen, der das in eine grundsätzlich andere Richtung bringt. Deswegen ist auch der Prognosekonsens fürs nächste Jahr ja deutlich im Grunde nach unten gegangen. Der bewegt sich noch bei einem halben Prozentpunkt. Der war mal bei 1,3. Die Bundesregierung war da relativ optimistisch, aber da sehen wir eigentlich nicht wirklich eine Chance für.

Müller: Reden wir über den privaten Konsum. Die Konsumbereitschaft der Deutschen hier, Geld auszugeben, für was auch immer, könnte das nicht mit der Inflation zusammenhängen, wenn man diese Zahlen jetzt bekommt? 3,8 Prozent, die Tendenz geht weiter nach unten. Wäre das ein Faktor, der vielleicht zur Ankurbelung führen könnte?

Hüther: Wenn es sich denn verstetigt. Aber es ist noch lange nicht da, wo es eigentlich auch sein sollte. Die Inflationsnorm der Europäischen Zentralbank liegt bei 2 Prozent. Darf auch mal in einer schwierigen Situation ein bisschen mehr sein, aber sind wir immer noch drüber. Zum anderen, die Lohnentwicklung in den privaten Haushalten ist im letzten Jahr im Prinzip nominal nicht schlecht gewesen, aber es hat trotzdem Reallohninbußen gegeben, weil die Inflation so hoch war. Das muss ja erst mal verarbeitet werden. Und bis dann wieder etwas mehr Ausgabenbereitschaft entsteht, muss schon das Umfeld sehr viel besser sein. Ich hatte eben das Konsumklima erwähnt. Das ist immer noch auf diesem sehr niedrigen Niveau. Also auch dort sehen wir nicht wirklich, dass es durchgreift. Man muss sich auch bei den Oktoberdaten ein

bisschen hüten zu optimistisch zu sein. Ein wesentlicher Hebel nach unten im Vergleich zum Vorjahr sind die Energiepreise. Die waren aber vor einem Jahr auf dem Höchststand. Da ist jetzt auch sozusagen die Luft raus in den Entlastungen. Natürlich wird die Inflationsrate weiter zurückgehen, aber sie wird nicht so schnell weiterhin in diesen großen Schritten zurückgehen wie wir es jetzt von 4,5 im September auf 3,8 im Oktober bei uns gesehen haben.

Müller: Sie haben das Stichwort auch Investitionen genannt. Immer wieder ein wichtiger Faktor in diesem Zusammenhang. Die Bauwirtschaft wird auch immer wieder ganz prominent genannt. 4,5 Prozent – das ist das Zinsniveau im Moment. Sind diese Zinsen jetzt zu hoch?

Hüther: Also, die Europäische Zentralbank, die ja dahintersteht letztlich, hinter dieser Bewegung, hat, glaube ich, einen Schritt auch zu viel gemacht und sie ist jetzt gut beraten eine Zinspause einzulegen. Denn der Inflationspfad geht insgesamt runter. Die Durchwirkungszeiten sind ja nicht von heute auf morgen, sondern über drei, vier Quartale. Also, sie hat eigentlich genug getan. Und ich habe ein bisschen Sorge, dass aus dem schlechten Gewissen, zu spät mit der Normalisierung der Zinslandschaft begonnen zu haben, jetzt die Gegenreaktion kommt. Man bleibt zu lange bei hohen oder geht zu lange in Zinserhöhung hinein. Wenn man sich mal die Kosten des Bauens anschaut, in der Summe ist das eigentlich erschwinglich. Nur, die Menschen haben natürlich anders kalkuliert. Und das braucht eine Zeit, bis die verhaltenmäßig das auch wieder umsetzen, dass sie also auch mit 4 Prozent umgehen können. Wer vor 15 oder 20 Jahren finanziert hat, der weiß, dass das keine ungewöhnlichen Zinsen sind. Wir müssen vor allen Dingen aber auch schauen, die Baukosten sind hoch, die Baunebenkosten sind hoch, die Grunderwerbsteuer ist ein Thema. Und insofern entsteht da auch keine Situation, die jedenfalls für 2024 eine große Besserung erwarten lässt.

Müller: Vertrauensverlust in die Politik, gerade mit Blick auch auf Investitionstätigkeit, auf die Innovationsfähigkeit von Unternehmen, Abwanderungen von Unternehmen, wie groß ist dieser Faktor?

Hüther: Also, der Faktor ist schon groß im Augenblick. Natürlich gibt es immer auch Geschrei und es gibt auch immer Unzufriedenheit, aber wir müssen ja sehen, es gibt

eine besondere Aufgabe. Die Transformation zur Klimaneutralität 2045 nach deutschem Klimagesetz fordert eine ganz andere Stringenz auch in der Politik und auch ihren Eingriffen. Und Sie haben erwähnt, ich bin hier in Seattle. Wir hatten gerade heute Abend eine intensive Diskussion mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem Weißen Haus, die hier waren, die vor allen Dingen stehen für den sogenannten Inflation Reduction Act und für diese Umsetzung solcher anderen Wirtschaftspräferenzen.

Müller: Also, für ein großes Milliardeninvestitionsprogramm, wenn ich das kurz noch einfügen darf...

Hüther: Genau. Die entsprechenden Steuerentlastungen signalisieren, aber insbesondere Steuerentlastungen für Investitionen in Green Technologies, also zukunftsfähige, dekarbonisierte Geschäftsmodelle und uns fehlt der Mut zum großen Schritt. Das Wachstumsstärkungsgesetz, Wachstumschancengesetz ist ein guter Schritt, aber er bleibt weit hinter den Möglichkeiten zurück. Die Investitionsprämie, nur kleinkariert definiert, hier ein bisschen degressive AfA, die ja keine definitive Veränderung der Steuerlast ist. Und im Grunde müsste man den Soli abschaffen, der am Ende eine Reststeuer für Unternehmen geblieben ist. Also, wir brauchen eigentlich einen größeren Antritt. Der Bundeswirtschaftsminister hat das mit seiner Industriestrategie deutlich gemacht. Und man merkt auch, wie er inspiriert ist von dem Vorbild der USA. Ich glaube, es hat in den letzten drei Jahrzehnten in den USA keinen solchen konsistenten Ansatz von Wirtschaftspolitik für mehr Wertschöpfung in der Industrie gegeben, der modernen Industrie. Das könnte uns mehr inspirieren.

Müller: Plädieren Sie als Ökonom dann auch in der Folge für mehr Schulden, für das Aufheben der Schuldenbremse, um den großen Wurf dann noch auf den Markt zu bringen?

Hüther: Wir müssen nicht immer gleich das Kind mit dem Bade ausschütten. Die Schuldenbremse hat Probleme. Sie ist viel zu starr. Sie ist nicht logisch, ökonomisch begründet. Aber wir können mit ihr arbeiten. Und der Bundesfinanzminister tut das ja auch. Der Klima- und Transformationsfonds hat große Milliardenbeträge. Wir müssen die Gelder auf die Straße bringen. Wir müssen das auch verstetigen. Da bräuchte er

mehr Mut. Wir müssten auch fragen, wie denn eigentlich mal wieder eine Steuersenkung möglich wird. Das ist sehr schwierig mit dieser Schuldenbremse. Aber man kann ja mal über Reformen nachdenken. Es geht also nicht um Abschaffung, sondern es geht um eine Anpassung an die veränderten Bedingungen. Als 2009 sie in die Verfassung kam, haben wir nicht über Transformation in diesem Rahmen, in dieser Intensität und in der klaren Zeitperspektive 2045 gesprochen. Die Zeiten sind andere und dann muss Politik auch darauf reagieren. Also nicht wegschmeißen, aber verbessern.

Müller: Jetzt haben wir noch eine halbe Minute, trotzdem die Frage. Wir haben das eben vielleicht in den Nachrichten gehört. Christian Lindner sagt, der Kohleausstieg 2030, das ist ja das große Thema, Energiewende und Energiepolitik, muss neu überdacht werden, auch, um Energiesicherheit, wie auch immer argumentiert, herzustellen. Für Sie auch ein wichtiger Punkt?

Hüther: Also, wenn wir jetzt auch noch anfangen, wieder den Kohlekompromiss aufzuziehen, ich würde mal sagen, lassen wir doch mal das, was ursprünglich beschlossen wurde, 2038, darauf haben sich auch beispielsweise in der Lausitz viele eingestellt, dann ist es teilweise auf 2030 zurückgenommen. Jetzt stellen wir es wieder infrage. So können sie auch keine Politik machen. So entsteht auch keine Erwartungsstabilisierung der Investoren. Irgendwann muss man mal zu irgendwas stehen. Und die eigentlichen Themen liegen eigentlich in seinem Ressort. Steuerpolitik, Steuerentlastung und auch ein Brückenstrompreis, der mit einer Absenkung der Stromsteuer auf europäischem Niveau, Netzentgelte-Reform zusammen eine wichtige Perspektive für den Standort bieten kann.

Müller: Professor Michael Hüther bei uns heute Morgen live im Deutschlandfunk, Direktor des Instituts der Deutschen Wirtschaft. Danke, dass Sie für uns Zeit gefunden haben, und dass Sie den Abend verlängert haben für uns, danke nach Seattle.

Hüther: Sehr gerne, alles Gute nach Deutschland.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.